

Erläuterungen

A. Allgemeiner Teil

Im Rahmen der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 über eine gemeinsame Marktorganisation (GMO) für landwirtschaftliche Erzeugnisse, ABl. Nr. L 347 vom 20.12.2013 S. 671, sind Vermarktungsnormen für (Hühner-)Eier (Art. 75 ff. leg.cit.) erlassen.

Die ausführenden Detailvorschriften zu diesen Normen wurden mit der delegierten Verordnung (EU) 2023/2465 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Eier und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 589/2008, ABl. Nr. L vom 8.11.2023 S. 1 sowie mit der Durchführungsverordnung (EU) 2023/2466 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Eier, ABl. Nr. L vom 8.11.2023 S. 1, neu geregelt.

Die Änderung der Unionsvorschriften macht nun in der Folge auch eine entsprechende Anpassung der zur innerstaatlichen Durchführung auf der Rechtsbasis des Vermarktungsnormengesetzes – VNG, BGBl. I Nr. 68/2007 i.d.g.F., erlassenen Verordnung über Vermarktungsnormen für Eier, BGBl. II Nr. 365/2009 i.d.F. BGBl. II Nr. 71/2017, erforderlich.

So sind im Grunde allein die Verweise ins Unionsrecht zu aktualisieren. Da es sich hierbei allerdings um zahlreiche Verweise handelt, wird die gesamte Regelung aus Gründen der Einfachheit und Rechtsklarheit neu erlassen, wobei 1:1 auf der bestehenden Vorschrift aufgebaut wird. Lediglich der Verordnungstitel wurde von „Verordnung über Vermarktungsnormen für Eier“ auf „Verordnung über die Vermarktung von Eiern“ geändert, da der führe Titel als Pleonasmus erschien.

Kompetenzgrundlage:

Der vorliegende Verordnungsentwurf stützt sich auf § 4 Abs. 1 Z 1, § 5, § 7 Abs. 3, § 20 Abs. 9 und § 21 Abs. 2 des Vermarktungsnormengesetzes – VNG, BGBl. I Nr. 68/2007 i.d.F. BGBl. I Nr. 104/2019.

B. Besonderer Teil

Zu § 1:

§ 1 nennt die unionsrechtlichen Vorschriften zu deren Durchführung die gegenständliche Verordnung dient und gibt damit ihren Geltungsbereich an. Die einschlägigen Vorschriften beziehen sich dabei auf Hühnereier der Art Gallus gallus.

Zu den §§ 2, 3 und 4:

Die für Vermarktungsnormen üblichen Regelungen zu Rechnungen, Lieferscheinen oder sonstigen Transportpapieren (§ 3), zur Werbung (§ 4) und zu Marktnotierungen (§ 5) werden aus der aufzuhebenden Verordnung inhaltlich unverändert übernommen.

Zu § 5:

Eier der Güteklasse A sind gemäß der unionsrechtlichen Vorgaben mit einem sogenannten Erzeugercode zu kennzeichnen. Die Absätze 1 und Abs. 2 des § 5 führen die Vorschriften zum Erzeugercode österreichspezifisch aus. Abs. 3 sieht wie bisher eine Erweiterung des Erzeugercodes um eine Stallnummer vor.

Abs. 4 und Abs. 5 erlauben im Rahmen der einschlägigen EU-Bestimmungen verschiedene Methoden zur Kennzeichnung von Eiern der Güteklasse B.

Vor dem Hintergrund von Anhang VII Teil VI Abschnitt III Nummer 2 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 hat nach Abs. 6 die Kennzeichnung sowohl von Eiern der Güteklasse A als auch jener der Güteklasse B grundsätzlich im Erzeugerbetrieb zu erfolgen. Allerdings erlaubt Anhang VII Teil VI Abschnitt III Nummer 2a der durch die delegierte Verordnung (EU) 2023/2464, ABl. Nr. L vom 8.11.2023 S. 1, geänderten Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 den Mitgliedstaaten auf der Grundlage objektiver Kriterien Eier von der Anforderung einer Kennzeichnung in der Produktionsstätte ausnehmen, sofern die Kennzeichnung in der ersten Packstelle erfolgt, an die die Eier geliefert werden. Auf Grundlage dieser Ausnahmebestimmung legt Abs. 7 nun fest, dass Eier in der Packstelle des zugehörigen Erzeugerbetriebs für den Fall, dass sich Packstelle und Erzeugerbetrieb auf demselben Betriebsgelände befinden (Z 1) oder in der ersten Packstelle, an die die Eier geliefert werden, sofern der Erzeugerbetrieb nicht über eine automatisierte Eiersammlung verfügt (Z 2) oder in der ersten Packstelle, an die die Eier geliefert werden, sofern eine Kennzeichnung aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich ist

(Z 3), mit dem Erzeugercode gekennzeichnet werden können. Mit diesen drei Ausnahmen sind erfahrungsgemäß sämtliche praxisrelevanten Fälle abgedeckt. So deckt Z 3 unvorhersehbare Ereignisse wie bspw. einen defekten Drucker bzw. „Printer“ ab. Die Regelung des Abs. 7 entspricht übrigens jener der deutschen Verordnung über Vermarktungsnormen für Eier, neugefasst durch Bekanntmachung vom 18.1.1995 I 46 und zuletzt geändert durch Art. 5 V vom 30.10.2024 I Nr. 342.

Wie bisher (derzeit Abs. 6) wird nunmehr in Abs. 8 die Vorgangsweise bei Erteilung einer Ausnahme von der Kennzeichnungspflicht der Eier durch die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde bei direkter Lieferung dieser vom Erzeugerbetrieb an die Nahrungsmittelindustrie geregelt.

Zu § 6:

§ 6 gibt wie bisher die bewährte Vorgangsweise bei der Registrierung und Zulassung der Erzeugerbetriebe vor.

Abs. 4 regelt die weitere Vermarktung von Eiern aus dem Haltungssystem „Freilandhaltung“ im Falle von auf der Grundlage von Rechtsvorschriften der Union vorübergehend eingeführten Beschränkungen, die den Zugang der Legehennen zu einem Auslauf ins Freie beschränken.

Es wurden die erforderlichen Anpassungen der Verweise ins neue, einschlägige Unionsrecht vorgenommen (Abs. 1 und 4).

Zu § 7:

§ 7 gibt wie bisher die bewährte Vorgangsweise bei der Registrierung und Zulassung von Packstellen vor.

Es wurden die erforderlichen Anpassungen der Verweise ins neue, einschlägige Unionsrecht vorgenommen (Abs. 1, 3 und 4).

Zu § 8:

Die Berichts- und Meldeverpflichtungen bleiben – bei Anpassung der Verweise ins aktuelle Unionsrecht (Abs. 2 und 3) – gleich.

Zu § 9:

§ 9 enthält einen Katalog von Verwaltungsstrafbestimmungen zur Durchsetzung der gegenständlichen Vermarktungsnormen der Union.

Zu § 10:

Diese Bestimmung betreffend Verweise auf andere bundesgesetzliche Vorschriften wurde 1:1 aus der Vorgängerregelung übernommen.

Zu § 11:

Diese Bestimmung setzt die Vorgängerregelung außer Kraft.